

Schutzschirm für Europa

Die Eurozone ist in eine dramatische Krise geraten. Deshalb haben die EU-Finanzminister am 9. Mai Maßnahmen zur Wahrung der europäischen Finanzstabilität mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro beschlossen. Damit können die EU und die Euroländer einem Euro-Mitglied im Notfall gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Kredite zur Verfügung stellen.

Zu Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wie die genauen Einzelheiten des Rettungspakets aussehen werden und wie der Zeitablauf der Beratungen im Deutschen Bundestag sein wird. Die SPD stand und steht für ein geeintes Europa. Genau deshalb bestehen wir aber auch weiterhin darauf, dass es nicht um eine reine Kreditermächtigung gehen darf. Für uns ist unabdingbar, dass die Kosten der Krise nicht erneut auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Die Finanzmärkte müssen an den Kosten beteiligt werden. Wir müssen den Wettlauf der Märkte gegen die Politik bestehen.

Die Chance, nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch

einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der Europäischen Union zu erreichen, ist jetzt da. Wir müssen diese Chance entschlossen ergreifen und nutzen.

Entschlossenes politisches Handeln gefordert

In der gegenwärtigen Schuldenkrise und angesichts aggressiver Spekulationsattacken gegen den Euro ist konsequentes politisches Handeln geboten, das Vertrauen und Sicherheit wieder herstellt. Es geht heute nicht mehr nur um das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst. Wir sind gefordert, die Integrität der europäischen Währungsunion und die Handlungsfähigkeit der EU unter Beweis zu stellen.

Der Ausgangspunkt für die jetzige Krisenwelle liegt darin, dass Staaten weltweit, auch und gerade im Euro-Währungsgebiet, zur Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise teils enorme staatliche Defizite aufgehäuft haben. Verschärfend kommen Spekulationen auf die Zahlungsunfähigkeit einzelner Euro-Länder hinzu.

Rettungsschirm für den Euro

EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 9. Mai ein beispielloses Maßnahmenbündel geschnürt, das der Stärkung und dem Schutz des Euro dienen soll.

Das Paket hat einen Umfang von 500 Milliarden Euro seitens der EU. Hinzu kommen bis zu 220 Milliarden Euro vom IWF. 60 Milliarden Euro stellt die EU dabei mit Hilfe eines Notfallfonds bereit.

Für weitere 440 Milliarden Euro geben die Mitgliedstaaten Garantien an eine noch zu gründende Zweckgesellschaft. Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mindestens 123 Milliarden Euro betragen.

Deutschland braucht den Euro

Wir Deutschen haben als führende Exportnation vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden. Deshalb müssen wir schnell handeln – aber es kommt darauf an, das Richtige zu tun. Es geht nicht um Gefälligkeiten gegenüber anderen Staaten sondern um die Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone, an der wir ein hohes eigenes Interesse haben sollten. Ohne eine gemeinsame stabile Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen. Die europäischen Staaten sind längst untrennbar miteinander verwoben, deshalb ist die Solidarität mit Griechenland der beste Selbstschutz für uns Deutsche.

Nachhaltige Europäische Wachstumsstrategie

Griechenland hat sich in einer herausragenden Anstrengung zu einem Konsolidierungsprogramm verpflichtet, um auf den Weg solider Staatsfinanzen zurückzukehren. Die Herausforderung betrifft aber nicht Griechenland allein – den Weg zur finanziellen Konsolidierung und zu strukturellen Reformen müssen alle Euro-Staaten entschlossen gehen. Dazu gehört auch die Entwicklung einer nachhaltigen Europäischen Wachstumsstrategie.

Ein glaubwürdiger Pfad zum schrittweisen Abbau der Schuldenprobleme in den betroffenen Eurostaaten muss daher drei Elemente umfassen:

- Die in den Konditionen des Rettungspakets enthaltenen strukturellen Anpassungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Gezielte Einnahmeverbesserungen, insbesondere dort, wo bisher die Steuersätze bzw. der Steuervollzug markant vom sonstigen europäischen Gefüge abweichen.
- Ein Mechanismus zur Beteiligung der Gläubiger (z. B. durch Zinsanpassungen o.a.), der die Schuldnerländer unmittelbar entlastet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Entschließungsantrag vom 6. Mai 2010 betont: Eine reine Kreditermächtigung für Griechenland reicht

nicht aus, damit Vertrauen zurückkehrt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden. Die Konsolidierung kann nicht gelingen ohne eine effektive Beteiligung der Finanzmarktakteure. Wir brauchen wirksame Schritte gegen die Spekulation. Wir fordern eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union, ergänzt um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen.

Wir wollen die Europäische Union in die Lage versetzen, künftige Krisen rasch und selbstständig zu lösen. Dazu haben wir die Entwicklung eines Notfallplans gefordert, der wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.

Verantwortungsloses Handeln oder Nichthandeln der Kanzlerin

Die Bundesregierung hat noch am 7. Mai 2010, wenige Stunden vor dem erneuten Krisen-Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, bei der Beschlussfassung über das Rettungspaket für Griechenland im Deutschen Bundestag nichts verlauten lassen über die unmittelbar bevorstehende Notwendigkeit weiterer dramatischer Schritte

Klare Positionen der SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Gegensatz zur Bundesregierung klare und konkrete Positionen. Mit zwei Anträgen haben wir bereits im Dezember 2009 gefordert, die Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung zu beteiligen und präventive Maßnahmen einzusetzen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern.

Wir haben die Bundesregierung aufgefordert:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung eingeführt werden.
- die erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiterführen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.

- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- umgehend eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni durchzusetzen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Außerdem haben wir in unserem Entschließungsantrag zur Griechenland-Hilfe gefordert:

- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter verbessern. Direkte finanzielle Verflechtungen zwischen Rating-Agenturen und Finanzinvestoren, die von einem Rating profitieren, müssen verringert werden. Wir wollen außerdem die Gründung einer europäischen Rating-Agentur.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) auf Staatsanleihen verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll nur noch abschließen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe sind zu verbieten. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.

und finanzieller Garantien mit vielfach höheren Beträgen und möglichen Risiken für die deutschen Steuerzahler. Dies lässt nur zwei Schlüsse zu: Entweder hat die Bundesregierung die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Oder sie ist unvorbereitet in die Verhandlungen in Brüssel gegangen und wurde von den Ereignissen überrollt.

Sozialdemokratisches Krisenmanagement fehlt

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehmann-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist, wir haben die Debatte in Europa bestimmt und uns nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen. Schon damals haben wir gesagt: Wir dürfen uns nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen beteiligen. Eine Finanztransaktionssteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Würden wir dann endlich bestimmte gefährliche Praktiken an den Finanzmärkten verbieten und auch diese Märkte regulieren, hätten wir viel geleistet, damit sich diese Krisen nicht ständig wiederholen.

Damit findet die über Monate hinweg praktizierte, vollkommen verantwortungslose Verschleppung von Entscheidungen und Verweigerung von Informationen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit ihren vorläufigen Höhepunkt. Bundesregierung und Regierungsfractionen verletzen ihre Pflicht, alles dafür zu tun, dass die Nothilfe zur Stabilisierung des Euro durch eine breite Mehrheit getragen wird und Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung findet. Alle weiteren politischen Schritte müssen jetzt begleitet sein von einer grundlegenden Veränderung der Informationspolitik und des Krisenmanagements. Die Bundesregierung muss vor dem Deutschen Bundestag nach bestem Wissen Rechenschaft ablegen und lückenlos alle erforderlichen Informationen übermitteln, die eine Einschätzung von finanziellen Risiken, aber auch von noch offenen Fragen, die mit den neuen Verpflichtungen verbunden sind, ermöglichen.

Wirksame Konsolidierungsmaßnahmen notwendig

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Erklärung der Finanzminister im Rat der Europäischen Union (ECOFIN) vom 10. Mai 2010, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Stabilität in Europa zu sichern. Rat und Kommission haben sich verständigt, nachdrücklich zusätzliche und signifikante Konsolidierungsmaßnahmen in den

Jahren 2010 und 2011 anzustreben und – beginnend mit Maßnahmen für Spanien und Portugal – dem ECOFIN am 18. Mai 2010 vorzustellen. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige finanzielle Stabilität, sondern auch um die Unterstützung zusätzlichen Wirtschaftswachstums. Entscheidend wird aber sein, dass sich alle Staaten des Euro-Raums über wirksame Konsolidierungsmaßnahmen verständigen.

Europäischer Stabilisierungs-Mechanismus

Wir begrüßen, dass ein „Europäischer Stabilisierungs-Mechanismus“ eingeführt werden soll. Bislang ist bekannt, dass in einem ersten Schritt die EU-Kommission finanzielle Mittel von bis zu 60 Milliarden Euro bereitstellen wird, die an strenge Auflagen und Bedingungen geknüpft werden, die denen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vergleichbar sein sollen. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten des Euro-Raums über eine Zweckgesellschaft bis zu weiteren 440 Milliarden Euro garantieren, und auch der IWF soll einen weiteren Beitrag in Höhe von etwa 220 Milliarden Euro leisten. In einem dritten Schritt soll die Europäische Zentralbank (EZB) mit einbezogen werden.

Mit diesen Maßnahmen wird ein wichtiger und im Grundsatz richtiger Weg auch hin zu einem europäischen Nothilfeplan beschritten. Zahlreiche Einzelheiten der Vorschläge sind jedoch noch nicht bekannt, viele Fragen unbeantwortet. Wir haben die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen mit Nachdruck aufgefordert, ohne weitere Verzögerungen die europäischen Vorschläge, insbesondere auch deren Umsetzung in Deutschland, zu präzisieren. Wir erwarten dabei rückhaltlose Offenheit, damit verlorenes Vertrauen wiederkehren kann.

Mehr und bessere Regulierung und Aufsicht

Wir haben klargestellt: Um künftige Krisen zu verhindern, ist es erforderlich, ihre Ursachen entschlossen und rasch zu bekämpfen. Daher begrüßen wir die Erklärung des ECOFIN, mehr und bessere Regulierung und Aufsicht sei notwendig, insbesondere auf dem Markt für Finanzderivate und bei der Rolle von Ratingagenturen. Es ist eine zwingende Forderung, dass die Bundesregierung umgehend, möglichst schon zum 1. Juli 2010, spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufe verbietet. Ebenso zwingend brauchen wir eine Regulierung des „Grauen Kapitalmarktes“ sowie eine europäische Ratingagentur. Die jüngsten Entwicklungen zeigen in dramatischer Klarheit, wie leichtfertig CDU, CSU und FDP unsere Forderungen abgelehnt haben und wie dringlich es ist, an die Wurzeln der Krise zu gehen. Wir werden unsere Vorschläge im Lichte





des Volumens und der Tragweite des nun vorgeschlagenen Nothilfeplans nochmals aktualisieren.

Finanzsektor zur Verantwortung ziehen

Jeder Fortschritt in der Krisenbekämpfung und -bewältigung wird nur erfolgreich und nachhaltig sein, wenn der Finanzsektor beteiligt und zur Verantwortung gezogen wird. Wir begrüßen, dass die Notwendigkeit betont wird, den Finanzsektor in Zukunft z. B. über eine „Stabilitätsabgabe“ an den Kosten einer Krise zu beteiligen. Insbesondere unterstreichen wir die Verständigung, die Möglichkeit einer Finanztransaktionssteuer zu prüfen, die mittlerweile auch von wichtigen Teilen der deutschen Kreditwirtschaft (u. a. dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband) befürwortet wird. Deutschland muss wieder Vorreiter in Europa sein. Auch der IWF betont, dass zahlreiche G-20-Staaten bereits verschiedene Finanztransaktionen besteuern. Wir erwarten dazu konkrete Initiativen der Bundesregierung.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Wir bekräftigen unsere Forderung, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, um die substantielle und dauerhafte Beteiligung des Finanzsektors besonders an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, aber auch an der Bewältigung von Krisenkosten sicherzustellen. Wir betonen, dass eine europäische

Finanztransaktionssteuer geeignet ist, kurzfristige und sehr kurzfristige spekulative Geschäfte einzuschränken. Dies wurde auch auf einer Anhörung des Finanzausschusses am 17. Mai von zahlreichen Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft, NGOs und der Finanzwelt bestätigt. Auch die von der FDP verbreiteten Horrorzahlen zur Belastung von Klein- und Riestersparern wurden widerlegt. Die Belastung ist minimal und fällt im Vergleich zu Konto- und Depotgebühren nicht ins Gewicht.

Über eine Finanztransaktionssteuer hinaus bekräftigen wir unser Ziel, in Zukunft auch die Gläubiger eines Staates, der in Not gerät, an dessen Rettung zu beteiligen. Der neue europäische Nothilfeplan muss hierfür ein geeignetes Instrument vorsehen. Wir plädieren dafür, dass unter Führung der EZB mit Banken und Investoren, die Staatsanleihen des betroffenen Staates halten, jeweils Verhandlungen aufzunehmen sind, um eine Beteiligung an den Kosten einer jeweiligen Rettungsmaßnahme zu erreichen. Ziel dieser Verhandlungen ist, nicht länger gerechtfertigte Risikoaufschläge bei den vereinbarten Anleihezinsen aufgrund des durch staatliche Rettungsmaßnahmen dann wegfallenden Risikos zurückzunehmen.

Ausführliche weitere Informationen zum Thema unter www.spdfraktion.de

Leerverkäufe

Unter Leerverkäufen versteht man den Verkauf von Wertpapieren, die der Verkäufer zum Verkaufszeitpunkt noch nicht besitzt. Dazu leiht er sich teilweise die Papiere („gedeckte Leerverkäufe“), oder auch nicht („ungedeckte Leerverkäufe“, „naked short selling“). An der Börse ist der Händler nicht zu einer sofortigen Lieferung der Wertpapiere verpflichtet. Der Leerverkäufer hofft auf sinkende Börsenkurse. Er verkauft daher Wertpapiere zum Zeitpunkt x und verpflichtet sich diese innerhalb einer bestimmten Zeitspanne zu liefern.

Der Zeitraum ist abhängig von den jeweiligen Börsen, er liegt zwischen drei und fünf Tagen. Ein Leerverkäufer verkauft zum Beispiel die Aktien der »Mustermann AG« zu einem Kurs von 100 Euro zum Zeitpunkt x. Liefern muss er die Wertpapiere erst in 3 Tagen. Sinkt der Kurs der Wertpapiere bis dahin auf 90 Euro, konnte der Leerverkäufer einen beträchtlichen Gewinn realisieren. Im Rahmen der Finanzkrise wurden in mehreren Staaten darunter die USA, Großbritannien und Deutschland Leerverkäufe von bestimmten Finanzwerten verboten. In Deutschland sind sie seit Ende Januar 2010 durch die BaFin wieder erlaubt worden.

Finanztransaktionssteuer

Eine globale Finanztransaktionssteuer (FTS) in Höhe von z. B. 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von rund 500 Milliarden Euro generieren. 200 Milliarden Euro könnten allein in der EU eingenommen werden. Auf Deutschland entfielen davon ungefähr 20 Milliarden Euro jährlich. Diese Einnahmen könnten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und Bildung verwandt werden. Dadurch würde die weltweite Solidarität gestärkt. Eine FTS würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die Spekulationen zu begrenzen. Bei jeder Transaktion würden 0,05 Prozent des Handelsvolumens als Steuer anfallen. Damit würden kurzfristige Geschäfte im Vergleich zu langfristigen Investitionen deutlich unattraktiver werden: Denn je häufiger die Transaktion stattfindet, desto stärker die Belastung. Eine FTS würde somit helfen ein Teil der enormen Kosten zur Bewältigung der Krise dort wieder hereinzuholen, wo die Spekulation die schlimmsten Blüten treibt. Mittels einer FTS wären alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten und alle Devisentransaktionen erfasst.